



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

08.07.2016

In Ostholstein versprochen – in Berlin Wort gehalten:

Hagedorn spricht zum Angelverbot mit Staatssekretär Jochen Flasbarth

(In der Anlage finden Sie ein Foto zur freien Verfügung)

Die Bundestagsabgeordnete für Ostholstein, Bettina Hagedorn, hat am 7. Juli sowohl im SPD-Spitzengespräch mit Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth und weiteren SPD-Küstenabgeordneten wie auch im späteren Verhandlungs-Gespräch der großen Koalition zum aktuellen Thema Angelverbot mit Vertretern des Landwirtschaftsministeriums teilgenommen und die Position der Angelkutterbetriebe in Heiligenhafen und Burgstaaken mit Blick auf den Fehmarnbelt vertreten.

Hagedorn: „**Am 2. Juli hatte ich in Oldenburg den Ostholsteinischen Angelkutterkapitänen den überarbeiteten Verordnungsentwurf von Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth übergeben und intensiv gemeinsam mit ihnen und u.a. der Präsidentin des Deutschen Angelfischer-Verbandes (DAFV) Dr. Happach-Kasan über die Fortschritte bzw. Mängel dieses neuen Entwurfes diskutiert. Wie ich es versprochen hatte, habe ich die Forderungen der betroffenen Angelkutterbetriebe jetzt in Berlin vorgetragen und dafür geworben, den aktuellen Verordnungsentwurf noch einmal zu überarbeiten – das gilt sowohl für die Forderung, die Begründung zur Verordnung nachvollziehbar schlüssig zu formulieren wie auch für die Bitte um eine Verschiebung des Schutzgebietes nach Osten, falls dadurch dennoch der Schutz der Riffe mit etwa**

20m Tiefe als bevorzugter Laichplatz der Dorsche möglich ist. Eine totale Ablehnung jeglicher Schutzgebietsausweisung wurde auch von den Vertretern des Landwirtschaftsministeriums wie auch schon zuvor von Christel Happach-Kasan für den DAFV als unrealistisch bewertet. Auch flankierende Maßnahmen – wie z.B. eine zeitliche Begrenzung des Dorschfangs in der Laichzeit – wurden vor dem Hintergrund der Lübecker Konferenz vom 4. Juli zur vermutlich drastischen Reduktion der Dorschquote in der westlichen Ostsee durch Brüssel diskutiert. Auch, wenn beide Maßnahmen nicht direkt etwas miteinander zu tun haben, so ist klar, dass der Existenzdruck auf die gewerblichen Fischer auch bei der Kompromissfindung mit den Angelkutterbetreibern, dem Bundesumweltministerium und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine wichtige Rolle spielen wird. Staatssekretär Jochen Flasbarth hat mir zugesagt, die Impulse aus Ostholstein zu prüfen. Wir werden also im konstruktiven Dialog bleiben, um gemeinsam eine praxisorientierte Schutzgebietsausweisung mit Augenmaß und gleichzeitig eine nachhaltige Erholung der Dorschbestände in den nächsten Jahren zu erreichen, denn der dramatische Dorsch-Rückgang bleibt die größte Existenzbedrohung für die Angelkutterbetriebe.“

Neben Bettina Hagedorn nahmen auf Einladung des zuständigen SPD-Berichterstatters aus Niedersachsen, Johann Saathoff, auch die SPD-Abgeordneten Sonja Steffens aus Mecklenburg-Vorpommern, Karin Thissen aus Schleswig-Holstein und Wilhelm Priesmeier als Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft am Gespräch teil.

„Auf Einladung von Johann Saathoff nahm ich hinterher auch am Berichterstatter-Gespräch von SPD und Union mit Vertretern des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zum gleichen Thema teil, das auf CDU/CSU-Seite von der dort zuständigen Berichterstatterin Ingrid Pahlmann geführt wurde. Die Gespräche werden fortgesetzt.“